

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 26. Juli 1924

Nummer 63

Der Kampf um den Schutz Zoll

Die Frage der Lastenverteilung bei der Ausführung des Sachverständigenplanes rückt immer mehr in den Vordergrund innerpolitischer Ermägunen und Betrachtungen. Darüber hinaus zeigen sich die Auswirkungen der Wahlen vom 4. Mai, die für die gesamte Arbeitnehmerschaft immer bedrohlichere Formen annehmen. Nach dem Ansturm auf alle sozialpolitischen Erzeugnisse und Einrichtungen beginnt jetzt der Kampf auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Angeblich, um die schwere Not der Landwirtschaft zu beheben, hat die Reichsregierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine Zollvorlage unterbreitet, die, wenn sie Wirklichkeit wird, eine neue, unerhörte Belastung der schon jetzt übermäßig belasteten Massen des arbeitenden Volkes darstellt und die, wenn sie sich erst auswirkt, zu neuen, tiefgehenden und erbitterten Arbeitskämpfen führen muß.

Die Reichsregierung beabsichtigt nämlich die Befreiung der Zollbefreiung für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Man soll in Regierungskreisen der allerdings sehr weisfremd anmutenden Auffassung gewesen sein, daß seitens der Gewerkschaften in dieser Frage mit nennenswertem Widerstand nicht zu rechnen sei; eine Auffassung, die durch die inzwischen erfolgte Aussprache und Abgabe wohl gründlich widerlegt wurde.

Wenn die Reichsregierung glaubt, durch Schutzzölle die Notlage der Landwirtschaft beheben zu können und gleichzeitig damit eine Ernährungspolitik auf weite Sicht zu machen, so beweist sie damit lediglich, daß sie den Ursachen des ganzen Problems fremd gegenübersteht oder mit der Vorlage Ziele verfolgt, über die man sich noch nicht aussprechen will. Denn es gibt keinen Streit über die Tatsache, daß die Agrarkrise ein Teil der allgemeinen Krise ist, in der sich nicht nur unsere Wirtschaft, sondern die ganze Welt befindet. Verstärkt wurde die Agrarkrise noch durch die mangelnde Kaufkraft der Massen und die Überforderung aller Industrieerzeugnisse für die Landwirtschaft. Aus diesen beiden Momenten ergibt sich schon ein Weg, der geeignet wäre, eher mit zur Besserung der Lage beizutragen als Schutzzölle, besonders wenn man bedenkt, daß bei Veröffentlichung der Vorlage die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte im Inlande etwa 30 Proz. unter dem Friedenspreis, die Auslandspreise dagegen etwa 20 Proz. über diesem lagen. Inzwischen hat sich auch deutlich genug gezeigt, wie die Dinge abzuwickeln werden. Die Antindustrialisierung des Gesetzes und die kurz darauf folgende Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Getreide führte schon zu erheblichen Preissteigerungen, die bereits als Vorwand zu Erhöhungen des Brotpreises dienen.

Es wird weiter gesagt, die deutsche Landwirtschaft müsse vor dem Untergang bewahrt werden, die Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft führe zur Förderung der industriellen Konjunktur. Hat die industrielle Arbeiterchaft nicht unendlich unter dem Fluch der Inflation gelitten, während es der Landwirtschaft gut ging, die sich in dieser Periode von ihren Schulden befreite und außerdem noch große Investitionen in ihren Betrieben vornehmen konnte? Ist nicht die Kaufkraft der breiten Masse in den Städten bis auf den Boden ausgeschöpft worden, und wäre nicht hier ebenfalls eine weitgehende Stärkung der Kaufkraft am Platze, die dann in noch viel höherem Maße zu einer Belebung der industriellen Konjunktur führen müßte?

Und nun die große Frage: Sind Schutzzölle für die Landwirtschaft überhaupt geeignet, die Produktion derselben zu erweitern? Wenn nicht, denn die Zölle? Einer unserer bedeutendsten Nationalökonomien, Hr. Riß, vertrat die Ansicht, „daß die Hebung der Landwirtschaft sich von selbst der der Industrie anschließen werde, denn die wachsende Industrie steigere den Bedarf an Rohstoffen, trage zur Vermehrung der Bevölkerung bei, da sie in zunehmendem Maße Arbeitskräfte brauche, sichere so der Landwirtschaft den Absatz in nächster Nähe und erhöhe dadurch den Bodenwert. Der Versuch aber, diese Hebung durch Zölle erzielen zu wollen, müsse scheitern, da durch diese für die Landwirtschaft nicht die Mäglichkeit — wie bei der Industrie — aneben wird, zu besseren und erträglicheren Produktionsbedingungen überzugehen, sondern nur erreicht wird, schlechten Boden anzubauen, also höhere Produktionskosten aufzubringen zu können.“ Da die Zölle unter den vorerwähnten Bedingungen anzuwenden sind, wird man unter ähnlichen Umständen wiederkehrenden also eine erhöhte Differenzialrente gewährt. Gleichzeitg erfolgt ein Steigen der Bodenrente und der Bodenpreise. Der

Gewinn fließt jedoch in die Taschen der augenblicklichen Bodenbesitzer. Das gleiche ist der Fall bei den höheren Getreidepreisen; Nutzen erzielen nur diejenigen Grundbesitzer, die Getreide verkaufen, also nur die Großgrundbesitzer und ein Teil mittlerer Besitzer. Diese bilden aber nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der landwirtschaftlichen Betriebe. Die große Zahl derjenigen, die Getreide kaufen müssen, sei es für den eigenen Bedarf oder für die Viehhaltung, sie werden mit der großen Masse der städtischen Bevölkerung jenem kleinen Kreis privilegierter Grundbesitzer tributpflichtig. Auch diejenigen, die Boden neu erwerben, befinden sich in der gleichen Lage wie die Landwirte vor der Zolleinführung. Wie sehr der Zolltarif von 1902 und die Handelsverträge von 1905 den landwirtschaftlichen Grund und Boden verteuerten, zeigt die Tatsache, daß die großen Güter in der Zeit von 1902 bis 1908 eine jährliche Steigerung von 6 Proz. gegenüber den Preisen von 1895 bis 1897 erfahren haben.

Es zeigt sich also, daß von einem Schutz der Landwirtschaft im allgemeinen bei der Einführung von Schutzzöllen nicht gesprochen werden kann, denn nur ein eng gezogener Kreis von Großgrundbesitzern ist der Nutznießer dieser die Lebenshaltung des Volkes aufs schwerste bedrohenden Maßnahmen. Es ist zu erkennen, daß auch Zollfragen Nachfragen sind. Klar und deutlich sehen wir: Nicht die Not der Landwirtschaft ist das Entscheidende in dieser Frage, sondern die Durchsetzung des Wachstumpunktes einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe von Großgrundbesitzern. Der Landwirtschaft sind bisher in weitestem Maße Erleichterungen zugestanden worden, an Kreditgewährung und Steuerstundung hat es nicht gefehlt.

Will man ernstlich eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen, dann ist es notwendig, den kostspieligen Apparat abzubauen, der sich zwischen Erzeuger und Konsumenten eingeschaltet hat, dann schaffe man direkte Verbindungen zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Konsumentenorganisationen. Nur so ist es möglich, die verteuerten Wirkungen des Zwischenhandels zu beseitigen. Ebenso muß auf steuerlichem Gebiet eine gerechte Realung Platz greifen, und zwar wie die Sozialdemokratie es fordert, eine Besteuerung, die sich richtet nach den Ertragsmöglichkeiten, steigend mit der Größe des landwirtschaftlichen Betriebes.

Esche der Gewerkschaften aber muß es sein, im Verein mit der politischen Partei den Kampf gegen diesen Raubzug auf die Taschen der Besitzlosen mit aller Entschiedenheit so weiter zu führen, wie er begonnen wurde, dann wird der Erfolg uns sicher sein.

Berlin-Stealix.

Georg Pösch.

Gau Erzgebirge-Vogtland

Am 19. Juli fand in S w i t a u der diesjährige Gantag statt. Bereits am Vorabend tagte im „Gewerkschaftshaus“ eine Konferenz des Gauvorstandes mit den Bezirksvorstehern und den Delegierten, die wegen Verkehrsschwierigkeiten auszuweichen waren, schon am Sonnabend in Zwidau einzutreffen. In fünfstündiger Beratung unterzog diese Konferenz den vom Gauvorstand vorgelegten Entwurf einer neuen Satzung einer Durchsicht, mit wenigen prinzipiellen Änderungen wurde dieser Entwurf zur Vorlage an den Gantag gutgeheißen.

Am Sonntag früh Punkt 9 Uhr wurde der Gantag im Hotel „Deutscher Kaiser“ vom Gauvorsteher D e r t e l eröffnet. Die Zwidauer „Typographin“ begrüßte den Gantag mit dem Lied „Märzluft“ und zeigte schon mit diesem Willkommensgruß ihr gutes Können. Im Namen der Zwidauer Kollegen entbot deren Vorsitzender K r a s s e r in herzlichster Weise Willkommensgrüße, auch darauf verweisend, daß Zwidau historischer Boden für den Gau sei; sei doch der Barock Mosef die Stätte, auf der vor nunmehr 50 Jahren der Gau Erzgebirge-Vogtland aus der Taufe gehoben wurde. Im Namen des Gauvorstandes begrüßte Kollege D e r t e l die Delegierten und den als Vertreter des Verbandes anwesenden Kollegen K i t t e. Redner schloß mit herzlichsten Worten des dankbaren Gedächtnisses des Kollegen Otto P a m e l als Gantagföhrer. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff der Gantag das Publikum der in der Verhinderung verstorbenen 27 Gaukollegen und der Gewerkschaftsbrüder M o l l i n i und R e i t e n.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 10 Delegierten, zwei Beiratsvorsitzenden und sämtlichen Vorstandsmitgliedern. Eine umfangreiche Tagesordnung gab es zu erledigen. Vorweg sei gesagt, daß die Verhandlungen von allen Teilnehmern in verantwortungsbewußter Weise geführt wurden.

Nach Wahl zweier Kommissionen, denen die Mandatsprüfung, die Festsetzung der Entschädigungen und die Vorberatung der Satzungen übertragen wurde, konnte in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten werden. Ein Antrag der „Opposition“, ihrem Redner vor fünften Punkt der Tagesordnung: „Die organisatorische und tarifliche Lage im Reich“, eine halbstündige Redezeit zu gewähren, wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Den Bericht des Vorstandes erstattete Kollege D e r t e l t. In längeren Ausführungen gab er ein Bild der Verhältnisse im Gau. Eine Zeit voller Unruhe mit all ihren toten wirtschaftlichen Begleiterscheinungen liege hinter uns. Gerade in unserm Gau habe das letzte Jahr mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen die Kollegenchaft vor eine Befastigungsprobe gestellt, wie sie schwerer kaum zu denken sei. Hunderte von Kollegen waren gezwungen — und an 300 sind es noch heute —, ihr Brot in andern Berufen finden zu müssen. Die gegenwärtige Mitgliederzahl beträgt 1838 in über 100 Druckorten. Der Gauvorstand habe alles getan, in den vergangenen kritischen Zeitverhältnissen die Organisation aufrecht zu erhalten und hätte dabei manchmal zu Maßnahmen greifen müssen, die von einem Teil der Mitglieder nicht recht verstanden wurden. Die Folgezeit habe aber immer die Notwendigkeit solcher bestätigt. Voller Dankbarkeit gedachte der Vorsitzende der Tätigkeit aller Funktionäre, die namentlich in der Inflationsperiode ein Riesensatz von selbstloser Arbeit zu leisten hatten und dank deren Hilfe es gelungen sei, die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Die Frage des Industrieverbandes streifend, bemerkte Kollege, daß in dieser Angelegenheit überall ein Suchen und Tasten nach der richtigen Form zu beobachten sei. Es müsse aber überall eine enge Fühlungnahme mit den andern graphischen Organisationen gepflegt werden. Die Gewerkschaften hätten im heutigen Staate verschiedene neue Aufgaben entsprechend der veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu bewältigen. Es sei dringend nötig, daß die Mitglieder sich mehr als bisher mit diesen veränderten Verhältnissen befassen.

Im Anschluß daran besprach Kollege D ä h n e l die im Jahresbericht gedruckte vorliegende Jahresrechnung. Am Anfang 1924 betrug das Gauvermögen rund 850 M., Ende des zweiten Quartals 1924 bereits wieder gegen 8000 M. Die in Anleihen festliegenden 20 000 G.-M. seien durch die Inflation aus der Jahresrechnung verschwunden; der Vorstand habe sich aber deshalb nicht veranlaßt gesehen, diese Anleihen zu verkaufen, da anzunehmen sei, daß über kurz oder lang auch diese Anleihen aufgewertet würden.

Hierauf erhielt Kollege F ü l l e das Wort zu seinem Vortrag: „Die organisatorische und tarifliche Lage im Reich“. In ihm eigener temperamentovoller Weise behandelte er in einstündiger Rede all die Vorgänge im letzten Jahre. Dank der jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Erfahrungen der Mitglieder sei es möglich gewesen, trotz all der schweren Befastigungsproben die Organisation zu halten und alle Schwierigkeiten, die oftmals ganz unübersehbar waren, zu überwinden. Scharf wandte sich Kollege gegen die Katastrophopolitik einzelner Kollegen, die in ihrer vielleicht auch idealistischen Auffassung den Blick für die ökonomischen Verhältnisse verlieren. Der Verbandsvorstand sei für das Wohl und Wehe aller Mitglieder verantwortlich und aus diesem Verantwortungsbewußtsein habe er alle seine Maßnahmen getroffen. Ausführlich behandelte Kollege den Novemberstreik in Berlin, und wohl alle Delegierten haben dadurch ein objektives Bild dieses unglücklichen Kampfes bekommen. All die Vorgänge auf tariflichem und organisatorischem Gebiete, die im letzten Jahre bis in die jüngste Vergangenheit zu lebhaftem Hin und Her Veranlassung gaben und in manchen Mitgliederschaften die Stimmung bis zur Siebehitze steigern ließen, führte Kollege den Delegierten vor Augen. Stets und ständig habe der Verbandsvorstand das Wohl der Mitglieder als Richtschnur für sein Handeln angenommen und sei oft unzufriedener über seine unter dem Druck der Verhältnisse geknüpften Lohnabkommen gewesen als die Mitglieder selbst. Schwer sei es heute, die Lohnabstattung entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen auf den Friedensstand zu bringen; aber Schuld der gesamten Arbeiterchaft sei dies, da sie infolge ihrer politischen Zerrissenheit es nicht verstanden habe, aus der Staatsumwälzung 1918 die richtige Erkenntnis zu sammeln und die ihr damals zugefallene Macht richtig anzuwenden. Mit einem feurigen Appell zur Einheit, die allein notwendig sei, dem schaffenden Volke das Recht auf Leben zu gewährleisten, schloß Kollege Fülle seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Alle drei Berichte wurden in der nun folgenden Aussprache zusammengefaßt. Ein Delegierter als einziger Vertreter der „wahren Opposition“ ging in bekannter Weise auf das Referat Füllens ein, machte den Verbandsvorstand für den unglücklichen Ausgang des Berliner Streiks verantwortlich, warf ihm Verrat vor usw. usw. Von allen folgenden Diskussionen wurden jedoch dessen Ausführungen zerpfückt und auf ihren richtigen Wert zurückgeführt. Betont wurde besonders, daß es mehr als notwendig sei, die alte stürmerprobte Buchdruckersolidarität hervorzuheben und eifrig im Interesse der ganzen Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Die Kollegenchaft solle überall starke Stellung einnehmen neben allen Zersetzungsbestrebungen. Ein Antrag der „Opposition“, dem Gauvorstand das förmliche Mißtrauen auszusprechen, fand bei der Unterstützungsfrage nur die Stimme des Antragstellers und

kam somit gar nicht einmal zur Beratung. Von allen andern Rednern wurde die Arbeit des Vorstandes gebilligt.

In seinem Schlusswort ging Kollege F ü l l e auf alle in der Aussprache hervorgetretenen Punkte ein, richtigstellend und erklärend. Mit ganz besonderer Schärfe ließ er sich wendend gegen die Ausführungen des „Oppositions“-Redners. Unter lautem Beifall des ganzen Gautages bezeichnete Fülle dessen Vorwurf, der Verbandsvorstand verrate bewußt die Interessen der Mitglieder und er habe den Abschiedstag kampflös preisgegeben, als bewusste Unverschämtheit. Eine Darlegung all der Sünden der „Opposition“ ließ Kollege drauf aufmarschieren und stellte demgegenüber die praktische, zielbewußte und energische Arbeit aller Verbandsfunktionäre, so daß jeder logisch denkende Delegierte lehrte, auf welcher Seite Schlagwortpolitik oder ernste Arbeit im Interesse aller zu finden ist.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wurde hierauf entgegengenommen und deren Vorschläge aufgegeben. Alle Mandate wurden als gültig erklärt.

Nach der kurzen Mittagspause erstattete die Kommission zur Beratung der Gaujahre ihren Bericht. In dreistündiger Kommissionsberatung hatte sie den von der Vorstandskonferenz genehmigten Entwurf nochmals durchberaten und einige Änderungen festgelegt. Die Kommission empfahl nur Gesamtannahme der von ihr durchberatenen Satzung. Jedoch schloß sich eine längere Aussprache an, in der noch verschiedene Wünsche und Monita vorgebracht wurden. Einige Änderungsanträge fanden wiederum nur die Unterstützung des Antragstellers und entfielen somit wiederum der Beratung. Schließlich fand die neue Satzung in der Kommissionsfassung gegen eine Stimme Annahme unter Auslassung des umstrittenen § 7 Absatz 8. Doch wurde in Einzelabstimmung auch dieser Paragraph mit 32 gegen 15 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Besonders bemerkenswert sind folgende neue Festlegungen im Statut: Bei Bezirkssprecherkonferenzen hat der Vorsitzende der Chemnitzer Mitgliederschaft Sitz und Stimme. Die Delegation zum Gautag erfolgt nicht mehr wie bisher: von 70 Mitgliedern ab auf weitere 100 Mitglieder ein weiterer Delegierter, sondern in der neuen Fassung auf weitere 75 Mitglieder. Die Mäßigkeit, Urabstimmung über die Abhaltung eines Gautages zu beantragen, wurde entgegen dem Vorschlag des Vorstandes (50 Mitglieder und fünf Ortsvereinsvorstände) noch mehr begrenzt, indem der Gautag beschloß: „Urabstimmung über einen stattsfindenden Gautag können beantragen 200 Mitglieder, wovon mindestens die Hälfte an einem oder mehreren andern Orten wohnen muß als dem Orte der ursprünglichen Antragsteller.“ Ganz neu ist § 7 Absatz 8, wonach eine Anstellungskommission zu bilden ist aus vier Mitgliedern des Bezirks Chemnitz, zwei vom Bezirk Plauen und drei aus dem Bezirk Zwickau. In jedem Bezirk muß mindestens ein Mitglied aus einem kleinen Orte stammen. Die Wahl dieser Mitglieder hat in einer Bezirksversammlung zu erfolgen und gilt auf drei Jahre. Diese Anstellungskommission hat das Recht, bei eintretender Vakanz einen Angestellten auf Dienstvertrag anzustellen.

Der Gaubeitrag wurde in bisheriger Höhe (20 Pf.) belassen und als Ort des nächsten Gautages Chemnitz bestimmt, jedoch dem Gauvorstand überlassen, die Zeit des nächsten Gautages zu bestimmen, da 1928 der Gau sein 60jähriges Bestehen feiern kann.

Den Punkt „Gauerteilung“ behandelte Vorsitzender D e r t e l t, dabei die Stellungnahme des Gauvorstandes präzisierend. Nach kurzer Aussprache hierzu stellte sich der Gautag einmütig zu der Auffassung des Vorstandes und lehnte somit eine Zusammenlegung bisheriger Gaue aus organisatorischen Gründen ab.

Aber „Lehrlingsorganisation“ referierte Gauvorstandsmittglied F ü l l e. Auf Grund gesammelter praktischer Erfahrungen behandelte er in längeren Ausführungen diese zum erstenmal den Gautag beschäftigende Frage. Im Anschluß hieran besprach Vorsitzender D e r t e l t verschiedene organisatorische und tarifliche Fragen der Lehrlinge, während der Vertreter der „Opposition“ es für diese ablehnte, für die Lehrlingsorganisation in ihrer jetzigen Gestalt zu arbeiten: „Die marxistische Theorie müsse mehr den Lehrlingen beigebracht werden.“ Demgegenüber wurde betont, daß der Verband es ablehnen müsse, Wortabstelen zu Führern zu machen, und namentlich Kollege F ü l l e hielt diesem K.P.D.-Mann ein Spiegelebild der Sünden der „Opposition“ auch auf diesem Gebiete vor.

Insolge der vorgerückten Zeit wurde auf eine Besprechung der Generalversammlungsanträge verzichtet. Die Kandidaten für die Delegiertenwahl fanden jedoch Nominierung.

In seinem Schlusswort gedachte Vorsitzender D e r t e l t der von den Delegierten im Streben nach Höherentwicklung des Verbandes hier geleisteten Arbeit und endete mit einem Hoch auf den Verband, das bei allen beneideten Widerhall fand, außer dem Chemnitzer „wahrhaften Verbandsmittglied“ Lorenz, das demonstrativ sitzen blieb. Waren die ganzen Verhandlungen sonst von echt kameradschaftlichem Geiste getragen, so bildete dieses Wortommiss eine scharfe Dissonanz. Die empörenden Zurufe seitens aller Delegierten werden Lorenz wohl Zeugnis geben haben von dem auch in den vorhergehenden Aussprachen gezeigten Willen, sich das Gebaren der K.P.D.-Leute in Zukunft ganz ernstlich zu verbitten. Lorenz hat nun veranschaulicht, wie es mit der von ihm gepredigten „christlichen Arbeit im Verbands“ beschaffen ist.

Für den Abend hatte die Zwickauer Mitgliederschaft die Delegierten zu ihrem F o h a n t i s t e geladen; fast sämtliche Delegierte waren der Einladung gefolgt. Hier herrschte alte, echte Kollegialität! Die vom Kollegen F ü l l e gehaltene Festrede war ein schön geformter Red: und

Ausblick. Im Anschluß daran fand die offizielle Feier des Jubiläums des Kollegen Dähnle als Gaukassierer und des Kollegen Karl Hesse (50jähriges Berufsjubiläum) statt. Der Gau widmete dem Kollegen Dähnle eine Ehrennadel, die Kollege Dertelt im Namen aller Gaumitglieder mit launigen Worten überreichte. Nun kamen als Gratulanten mit Witk und Humor die Bezirke Zwickau, Chemnitz und Plauen, die durch die Kollegen Krasser, Wangelin und Kober ebenfalls je ein festbares Geschenk überreichen ließen. In ebenso humorvoller Weise stattete der völlig überraschte „Finanzminister“ seinen Dank an alle ab. Die Fidelitas hielt ihren Siegeszug. Alles in allem war dies Johannistfest ein frohes Buchdruckerfest, war doch auch das von der „Typographia“ und der Stadtkapelle gebotene Konzert eine Glanzleistung. Alte und neue Freunde fanden sich und „vom Osten kam der Tag“, als das „Kügel“ die letzten Teilnehmer in verschiedene Richtungen davonzog. W. 3.

Gau Nordwest

Am 13. Juli fand in Bremen im Saale des „Gewerkschaftshauses“ der ordentliche Gau-tag statt. Gauvorsteher Scherp eröffnete um 10 Uhr mit herzlichem Begrüßungswort an die anwesenden Delegierten und im besondern an den Kollegen Seik (Berlin) den Gau-tag. Wie stets, hatte es sich der Gesangsverein „Gutenberg“ auch diesmal nicht nehmen lassen, den Gau-tag musikalisch zu begrüßen (Sängerpruch des Nordwestdeutschen Buchdruckerfängerbundes und „D Isis und Osiris“ von Mozart).

Anwesend waren 44 Delegierte, 5 Mitglieder des Gauvorstandes, der Gauverwalter sowie als Vertreter des Verbandsvorstandes der erste Vorsitzende Seik. Bezirksvorsitzender Fette (Bremen) hielt die Delegierten sowie den Kollegen Seik namens des Bezirksvorstandes in Bremens Mauern herzlich willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch diese Tagung zum Besten des Nordwestgaues und des Verbandes verlaufen möge.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen ging Kollege Scherp zum ersten Punkt der Tagesordnung über: Feststellung der Anwesenheitsliste und Prüfung der Mandate. Da keine Wahlproteste eingegangen waren, wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Zum zweiten Punkt: Rechenschaftsbericht und Genehmigung der Jahresrechnungen 1922/23, wurde dem Gauverwalter Nuhorn das Wort erteilt. In knappen Zügen wurde den Kollegen vor Augen geführt, in welcher kurzer Zeit auch die Gaukasse durch den Währungsverfall ihr Vermögen der Vorkriegszeit verloren hatte. Am 18. November 1923 waren wir so weit, daß wir nicht nur kein Vermögen mehr hatten, sondern es konnten nicht einmal mehr die notwendigen Drucksachen bezahlt werden. Alle Versuche des Gauvorstandes, diese Verhältnisse zu meistern, schlugen fehl, denn selbst mit einem Extrabeitrag war nichts anzufangen. Mit Schaffung der Rentenmark wurde wieder die Grundlage zur Besserung gegeben. Betrag doch schon am 1. Januar das Vermögen der Gaukasse 1290 M., am 1. April 3286 M. und am 1. Juli dürften wir wieder ein Vermögen von etwa 5000 M. gehabt haben.

Zum dritten Punkt: Die organisatorische und die tarifliche Lage im Gau, machte Kollege Scherp noch einige Ausführungen, indem den Kollegen die Steigerung der Löhne seit 1922 vor Augen geführt wurde. Was die großen Zahlen bedeuten, habe jeder Kollege an eigenen Leiden erfahren, es herrschte großer Mißmut unter den Kollegen. Die Abwanderungen vom Beruf wurden immer größer, wodurch wir viel Mitglieder verloren. Die Organisation war nicht mehr in der Lage, die Verhältnisse zu meistern; sie tat jedoch, was nur irgend möglich war. Der Löhndruck 1923 brachte uns eine vorübergehende Besserstellung. Darauf versuchten die Unternehmer, mit ihren Personalsonderlohnabschlüssen zu tätigen, jedoch sind unsere Kollegen im Gau nicht darauf eingegangen. Endlich, am 10. November 1923, bekamen wir den ersten Goldlohn von anfangs 25 M., dann 27 M. und später 30 M. Sodann kam die Differenz mit der Prinzipalität. Wir waren in der Lage, in dieser tariflosen Zeit in fast allen Orten die Forderung von 35 M. durchzusetzen; nur in Oldenburg kam es zu zehntägigem Streik, der durch Vermittlung des Gauvorstandes, der von den Unternehmern angerufen wurde, beigelegt wurde. Die Zurückveridierung der Druckschulden verursachte auch in Kollegenkreisen anfangs viel böses Blut. Doch kann festgestellt werden, daß in den meisten Orten von dem Abbau kein Gebrauch gemacht wurde. Als erfreulich kann der Fortschritt bei den Leistungszulagen festgestellt werden, hat doch eine am 25. Juni 1924 aufgenommene Statistik den Beweis erbracht, daß in 44 Druckorten mit 180 Druckereien und 1345 Gehilfen im Berechnen zwei Kollegen, unter Minimum 14 Kollegen, zum Minimum 168 Kollegen, und über Minimum 1161 Kollegen arbeiten. Die Organisation hat im Gau große Fortschritte gemacht, denn ohne eine innen gefestigte Organisation können wir nichts werden. Damit die Mitgliedschaften in der Organisationsarbeit weiter kommen, beabsichtigt der Gauvorstand erneut eine Referentenliste aufzustellen. Rednerisch begabte Kollegen sollen recht anfordernd, sich der Aufmerksamkeit zur Verfügung zu stellen.

In einer kurzen Ansprache wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes gutgeheißen. Wenn auch, wie einzelne Redner ausführten, es Zeiten gegeben habe, wo man die Maßnahmen des Gauvorstandes nicht schnell genug benehmen konnte, so hat es hauptsächlich nur an den mangelhaften wirtschaftlichen Verhältnissen. Gewünscht wurde, daß die Statistik mehr ausgebaut worden wäre. Darauf wurde seitens des Gauvorstandes er-

klärt, daß er wohl die Absicht habe, die Statistik weiter auszubauen, es müßten aber die Kollegen besser mitarbeiten und die Fragebogen genau ausfüllen, vor allen Dingen auch zurücksenden; sonst ergäbe die Statistik ein schiefes Bild.

Zu Punkt 4: Die Lage im Gewerbe, erhielt Verbandsvorsitzender Seik das Wort. Er schilderte die Schwierigkeiten, die der Verbandsvorstand bei jedweden Verhandlungen mit den Unternehmern hatte, die im Fahrwasser der Großindustriellen schwimmen. Trotz dieser Einstellung des Deutschen Buchdrucker-Vereins konnte er nicht verhindern, daß größere Kreise seiner Mitglieder abspringen, so jetzt wieder in Stettin und in Rommern überhaupt. Der Kampf dieser Leute gegen den Reichstarif. Der Einstellung des Verbandsvorstandes werde in Mitgliederkreisen zu wenig Verständnis entgegengebracht. Kollege Seik wies dabei auf ein Gutachten des Professors Dr. Sinzheimer hin, das besage, wenn Gewerkschaften einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch ablehnen, sie schadenersatzpflichtig gemacht werden können. Gestreift wurde die technische Entwicklung im Beruf sowie die Frage des Industrieverbandes. Zum Schluß wurde die Stellung des Verbandsvorstandes betreffend den Verbandsausbau und die Extrabeiträge hierzu dahin präzisiert, daß es weiter nichts sei als die Ausführung der Beschlüsse mehrerer Verbandstage. Mit den Worten, die Zeiten seien ernst, und wir wissen noch nicht, welche Lasten uns die Ententestaaten auferlegen werden, schloß Kollege Seik. Eine kurze Aussprache folgte dem Referat. Jedoch war es dem Kollegen Seik ein Leichtes, das Verhalten des Verbandsvorstandes in allem zu rechtfertigen.

Die Stellungnahme zum Verbandstag fand nach einigen sachlichen Ausführungen der Kollegen Scherp, Nuhorn und Seik schnell Erledigung. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden folgende Kollegen in Vorschlag gebracht: Fette (Bremen), Graaf (Werden), Kranz (Geestmünde), Krüger (Nüstingen), Niedergesäß (Norden) und Scherp (Bremen).

Die Anträge des Gauvorstandes zwecks Änderung der Aufgaben wurden bis auf einen Antrag einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag: „Invaliden Kollegen, die sich in bedürftiger Lage befinden, kann auf Antrag des betreffenden Bezirksvorstandes ein täglicher Zuschuß von 30 Pf. aus der Gaukasse bewilligt werden. Jedoch steht dem Gauvorstand das Recht zu, diesen Zuschuß jederzeit wieder abzuändern, sofern sich die Kassenverhältnisse anders gestalten.“

Die Wahl des Gauverwalters erbrachte einstimmige Wiederwahl von Nuhorn. Dieser dankte der Gauversammlung für das entgegengebrachte Vertrauen.

Die Zentrale der Maschinenmeister stellte noch einen Antrag, für Bildungszwecke dem Gauvorstand 500 M. zu bewilligen; das wurde abgelehnt. Eine weitere Aussprache fand noch über den Materikausatz statt. In diesem Falle müsse man es den Kollegen der einzelnen Druckerei überlassen, sich hiergegen zur Wehr zu setzen, damit wenigstens die Auswüchse beseitigt werden.

Als Gauort wurde Bremen bestimmt. Ein Antrag der Bremerhavener Kollegen, den nächsten Gau-tag in Bremerhaven abzuhalten, fand seine Erledigung dadurch, daß der Gauvorstand mit den Bezirksvorstehern die Frage, wenn spruchreif, möglichst dem Antrage entsprechend erledigt.

Beschlossen wurde ferner, das im Jahre 1925 stattfindende fünfzigjährige Gaujubiläum festlich zu begehen und die Vorarbeiten dem Gauvorstand zu übertragen. Um 5 Uhr nachmittags wurde der Gau-tag mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Nordwestgau vom Kollegen Scherp geschlossen. —m.

Gau An der Saale

Am 13. Juli fand in Halle a. d. S. im „Volkspark“ der ordentliche Gau-tag unseres Gaues statt, der aus allen zehn Bezirken ordnungsgemäß besetzt war. Nachdem der Gesangsverein „Gutenberg“ (Halle) als Begrüßung „Empor zum Licht“ und „Heil Gutenberg“ zum Vortrage gebracht, eröffnete Gauvorsteher König den Gau-tag und hielt die Delegierten und Gäste herzlich willkommen, besonders den Vertreter des Verbandsvorstandes, den Kollegen Kraus (Berlin). Kollege Wielepp (Halle) begrüßte den Gau-tag namens des Ortsvereins Halle und wünschte der Tagung besten Verlauf. Kollege Kraus überbrachte herzliche Grüße des Verbandsvorstandes. Anwesend waren 37 Delegierte, 10 Bezirksleiter und 7 Mitglieder des Gauvorstandes.

Kollege König machte zunächst einige geschäftliche Mitteilungen, gedachte der seit der letzten Tagung durch den Tod von uns gegangenen Kollegen und ehrte in anerkennenden Worten die Jubilare des Gaues, die 50 Jahre der Organisation die Treue bewahrten. Nach Wahl einer Diätenkommission wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten.

Der Gauvorsteher gab den Bericht des Gauvorstandes. Er verwies auf die letzten Jahresberichte des Gaues und auf den ganz vorzüglichen Bericht des Verbandsvorstandes für das verfloßene Jahr, in dem alle Ereignisse und alles Wissenswerte festgelegt seien, so daß er sich mit Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung etwas kürzer fassen könne. Redner unternahm einige Streifzüge in die Vergangenheit, einzelne Daten und Vorkommnisse besonders unterstreichend, und gedachte dabei des 50jährigen Jubiläums des Gaues im Jahre 1924, das mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse zwar nicht durch einen Jubiläumsgau-tag, wie geplant, aber doch an den meisten Orten, besonders in Halle und Magdeburg, durch Festakte benannt wurde. Der Gauvorsteher brachte auch das förmliche Empfinden des Gauvorstandes darüber zum Ausdruck, daß der größte Druckort Magdeburg noch

mal auf der Generalversammlung des Verbandes nicht vertreten war, erörterte die Ursachen und erzielte deren Milderung. Der Verband habe die Inflationszeit von allen Gewerkschaften mit am besten überstanden. Die Mängel aus Mittelschichten, die man, mal als durchaus berechtigt anerkannt werden müssen, seien durch die letzten Entlohnungen gegenstandslos geworden. Tausende von Kollegen hätten zum Beruf und zur Organisation zurück. Der diesmalige Gaugtag solle sich daher mehr mit Gewerkschafts- und Zukunftsaufgaben befassen. Die Verträge der einzelnen Ortsvereine hätten z. B. Mängel in der Lehrlingsabteilung vermuten. Welche Lehrlinge hätten noch immer nicht erkannt, welcher Nutzen für sie aus der Zugehörigkeit zu derselben erwachse, und obwohl der „Jugendbuchdrucker“ den Lehrlingen gratis geliefert würde, sei er von einer Anzahl Lehrlinge gar nicht abonniert. Natürlich hätten die mangelhaften Zeiten auch hier viel mit verschuldet. Geeignete Kollegen müßten sich unbedingt des Nachwuchses annehmen. Der Gauvorstand würde ebenfalls sein Möglichstes tun, um das Interesse der Lehrlinge wieder zu wecken, und schlage deshalb vor, im Herbst zwei Jugendbuchdruckerstage in Halle und in Magdeburg zu veranstalten. Redner wandte sich dann der Volksgemeinschaft zu, wie eine solche unter diesem Schlagwort vom deutschen Unternehmertum propagiert würde. Unter dieser Volksgemeinschaft sollten natürlich die Arbeitszeit verlängert, die Löhne gedrückt, die gewerkschaftlichen Tarife ausgeschaltet und an deren Stelle der Werttarif gesetzt werden, die staatliche Sozialpolitik aufgehoben und an deren Stelle eine moralische, aus der Seele des Volkes erwachsene Selbstverwaltung treten. Gegen diese wirtschaftliche Reaktion unter einem schönen Deckmantel müßten die Gewerkschaften ganz entschieden Front machen. Auch das Buchdruckerunternehmertum habe sich damit identifiziert, damit sei auch die Stellungnahme für unsere Organisation gegeben. Leider sei die so dringend notwendige Einigkeit in vielen andern Organisationen immer mehr in die Brüche gegangen. Der Streit um politische Anschauungen beherrsche die Versammlungen und lasse die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben stark zurücktreten. Auch bei uns war Gelegenheit, manche Unzulänglichkeiten im Organisationsleben zu beobachten. Die politische Einstellung trug auch hier wesentlich dazu bei. Dies sei tiefbedauerlich und bedürfe dringend der Änderung. Jedem einsichtigen Kollegen müßte klar sein, wie notwendig gerade in heutiger Zeit die Gewerkschaften seien. Nur Demagogen könnten das Gegenteil sagen. Die Zukunft würde die Notwendigkeit des Zusammenhaltens der Kollegen und des Festhaltens an der bewährten Organisation des Verbandes nur erhärten. Die Situation im Unternehmerlager müßte jeden denkenden Kollegen darüber informieren. Redner schloß seinen Bericht mit dem Ratschlag an alle Funktionäre, die in den verflochtenen Jahren der Gauleitung mit Rat und Tat zur Seite standen. In diesen Zeiten des Bruderkisses und der Gärung innerhalb der Arbeiterschaft sei die Stellung der Funktionäre manchmal wenig beneidenswert gewesen. Es gehöre schon Idealismus und Opferwille dazu, um alle damit verbundenen Widerwärtigkeiten zu ertragen. Die Funktionäre müßten sich mit dem inneren Bewußtsein trösten, nur das Beste für die Kollegen und für die Organisation zu wollen. Mit diesem Bewußtsein müsse man sich für manche Anbill abfinden, die nicht immer tragisch zu nehmen sei, weil meistens die Veranlassung dazu in den wirtschaftlichen Nöten dieser unglückseligen Zeiten zu suchen sei. Zurzeit fehle es an Arbeiten und an Aufgaben für die Organisation wahrlich nicht. Sie alle im Interesse der Organisationsarbeit zu bewältigen, bedürfe es der Mithilfe kenntnis- und erfahrungreicher Kräfte. Wenn alle beruflichen Kräfte im Aufbau und nicht im Bertzimmern bewährter Einrichtungen ihre Aufgabe erblickten, dann brauche es uns um die Zukunft der Organisation und auch des Ganges nicht bangen zu sein. Bewährtes zu erhalten und zu verbessern, Überlebtes und nicht mehr Zeitgemäßes zu entfernen, müsse unser aller Wille sein. Alles für die Organisation! Alles durch die Organisation! (Beifall.)

Anschließend gab der Gauverwalter Gabriel einen Bericht über die finanzielle Lage des Ganges, die sich im hoffnungsvollen Aufstiege befände. Er verwies ebenfalls auf die Jahresberichte, aus denen man am besten Ebbe und Flut in der Gaufasse verfolgen könne. Bei Übernahme der Gaufasse im Jahre 1920 habe er ein Vermögen von 50 000 M., angelegt in guten Papieren, vorgefunden, das natürlich in der Inflationszeit zerronnen sei. Redner schilderte die Wirrnisse in dieser Zeit. Die fortwährenden Erhöhungen der Beiträge, die damit verbundenen Veränderungen der Unterstützungsätze, die schlechten Geldscheine hätten für die Kassierer fast unüberwindliche Schwierigkeiten geschaffen. Die Kassierer hätten in verschiedener Hinsicht große Opfer gebracht; er danke denselben herzlich für die ausdauernde Mitarbeit in diesen schwierigen Zeiten. Am Ende des Jahres 1921 betrug das Vermögen der Gaufasse noch 1458 Goldmark. Durch die Stabilisierung der Währung und die damit verbundene Besserung in unserm Gewerbe sei das Vermögen der Gaufasse am Ende des ersten Quartals 1922 auf 5577 M. angewachsen. Wenn trotzdem der Gaubeitrag vom zweiten Quartal ab um 10 Pf. erhöht worden sei, so, um dem Zweck, die aufgehobenen Zuschüsse aus der Gaufasse wieder einzuführen und um derselben wieder ein Fundament zu geben, mit dem sie allen Einkünften trotz und unsern Mitteln wieder zur Seite stehen könne, wie dies in der Vorlesungzeit der Fall gewesen wäre. (Beifall.)

Zu dem Punkt **Tariffriede** nahm wiederum der Gauvorsteher das Wort. Eine gewisse Beruhigung sei durch die letzten Tarifverhandlungen in unserm Gewerbe und in der Buchdruckerindustrie eingetreten. Eine Kündigung des bis zum 1. August geltenden Lohnvertrages durch die Verbandsleitung sei unangenehm nicht erfolgt. Redner rechtfertigte den einmütigen Standpunkt. Weiter unterstützte er auch die Forderung aus dem Gau zum Verbandstage, die ein Deputieren an den nächsten Lohnvertragsverhandlungen. Redner steuerte er noch die Gründung neuer Unternehm-

organisationen im Buchdruckgewerbe, durch die die Schwierigkeiten natürlich nur immer größer würden. Tarifliche Verschlechterungen sei ihr Ziel, gegen die sich die Buchdruckerentschieden werden würde.

Über die vorstehend behandelten drei ersten Punkte der Tagesordnung wurde in eine Generaldiskussion eingetreten. An derselben beteiligten sich die Kollegen Kunzemann, Stemmann, Herfurth, Pletschner, Schulz (Magdeburg), Bahn (Halberstadt), Kiebenstahl (Halle), Hoffmeister (Wernigerode), Unger (Qorau), Keil (Nordhausen), Hamann (Dessau). Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die Stellungnahme des Verbandsvorstandes anläßlich der Lohnbewegung im April d. J., die von den meisten Diskussionsrednern einer scharfen Kritik unterzogen wurde, ferner um die Frage, ob zentrale oder regionale Lohnfestsetzungen, wobei durchweg den ersteren das Wort geredet wurde, und über die Mißverhältnisse in der Lehrlingsabteilung und wie denen abzuwehren sei.

Als letzter Diskussionsredner erhielt Kollege **Kraus** (Berlin) das Wort und widerlegte die Angriffe auf den Verbandsvorstand, der nicht nur aus beamteten Kollegen, sondern aus solchen und zum größten Teil aus Kollegen aus Berliner Betrieben zusammengesetzt sei. Er schilderte in längeren vortrefflichen Ausführungen und unter dem gespanntesten Interesse des Ganges, wie sich die Vorgänge abgepielt haben und wie die Situation in Wirklichkeit gelagert war, worüber viele Kollegen noch vollständig im unklaren seien. Redner ging dann auf die letzten Vorgänge in Unternehmungskreisen ein, die Gründung des Sektierer Bundes, dem fast alle Prinzipale des vorliegenden Kreises, die bisher Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins waren, beigetreten seien, und schilderte die Schwierigkeiten, die von dieser Seite unserer Organisation und unsern Kollegen bereitet würden, und was der Zweck und die Ziele dieser Vereinigung seien. Deutschland sollte in Wirtschaftsgebiete eingeteilt werden. Dies würde die Aufhebung der zentralen Lohnsätze, die Verschlechterung der Löhne und anderer tariflicher Errungenschaften bedeuten und müsse darum entschieden zurückgewiesen werden. Zum Schluß ging Redner auf die Ausführungen des Kollegen Kiebenstahl (Halle), des Führers der kommunistischen Opposition, ein. Er zerstückelte die Angriffe desselben auf die Verbandsleitung sowie auf den DGB, und schilderte die gewerkschaftszerstörende und je nach den Befehlen von Moskau wechselnde Tätigkeit der Kommunisten, die, gewollt oder ungewollt, nur den Arbeitgebern in die Hände arbeiteten, was er zum Teil mit vortrefflichem Material belegen konnte. (Beifall.)

In einem kurzen Schlußwort dankte der Gauvorsteher den Kollegen, die sich fast ausnahmslos mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden erklärt hatten.

Hierauf wurde die Tagung durch den Eintritt der Mittagspause unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung des Ganges berichtete die Kommission zur Festsetzung der Tagesgelder; deren Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Die Besprechung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes wurde auf Antrag an den Schluß der Tagesordnung gestellt.

Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl für den Verbandstag. Der Gau hat sechs Delegierte zu entsenden. Als Kandidaten wurden vorgeschlagen und fanden die erforderliche Unterstützung: Bahn (Halberstadt), Hamann (Dessau), Herfurth (Magdeburg), Jugeit (Stendal), Junghuth (Wittenberg), Keil (Nordhausen), König (Halle), Kunzemann (Magdeburg), Nageli (Wernigerode), Pletschner (Magdeburg), Stemmann (Magdeburg), Wagner (Quedlinburg), Wielepp (Halle). Die von der kommunistischen Opposition vorgeschlagenen Kollegen erhielten nicht die erforderliche Unterstützung.

Es folgte die Beratung mehrerer Anträge zum **Gaustatut**. Ein Antrag des Ortsvereins Magdeburg zu § 2, der bezweckt, die zehn Bezirke des Ganges ganz aufzuheben eventuell nur vier Bezirke zu bilden, wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Ein Antrag des Gauvorstandes zu § 8: „Die Beisitzer bzw. Revisoren werden vom Gauvorstand durch Wahl gewählt“, wurde nach kurzer Begründung durch den Gauvorsteher einstimmig angenommen. Die im § 10 vorgesehenen zwei Bezirksversammlungen im Jahre sollen aus organisatorischen Gründen wieder in Kraft treten. Dieser Antrag, vom Gauvorstand und vom Bezirk Zeitz gestellt, wurde einstimmig angenommen. Der Antrag des Ortsvereins Magdeburg und der Bezirke Wernigerode sowie Quedlinburg zu § 12, wonach ein Gaugtag vor jeder ordentlichen Generalversammlung des Verbandes stattfinden hat, wurde einstimmig angenommen. Der Ortsverein Magdeburg beantragte zu § 13 einen neuen Absatz, wonach eine durch etwaige Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes bedingte Änderung des Statutats durch eine schlichtedrige Kommission (Gauvorstand und Zuziehung einiger Bezirksleiter) vorzunehmen ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag des Bezirks Quedlinburg zu § 14: „Die Grundzahlen für die Berechnung der Entsendung von Delegierten zum Gaugtag werden auf 50 bzw. 25 (bisher 75 bzw. 50) herabgesetzt“, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Nach einem Antrag des Gauvorstandes zu § 19 soll der zweite Absatz desselben folgenden Wortlaut erhalten: „Jedes Mitglied kann dem Gaugtag beizuwohnen, abzusinnnen haben nur die Delegierten und die Bezirksleiter.“ Der Antrag wurde nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit angenommen. Der Gauvorstand beauftragte eine Änderung des § 22, wonach die Beiträge monatlich, die Abrechnungen wie bisher vierteljährlich an den Gauverwalter einzufenden sind. Eine besondere Verhandlungsordnung der Abrechnung ist nicht mehr erforderlich. Die Änderung wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag des Ortsvereins Magdeburg zu § 23, nach dem der Gauvorstand einmal monatlich „Gaugmitteilungen“ heraus-

zugeben hat, wurde nach längerer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag des Bezirks Stendal: „Die Bezirksversammlungen sind abwechselnd in den einzelnen Bezirkeorten abzuhalten“, wurde nach längerer Aussprache zurückgezogen und beschlossen, die Festlegung dem Gauvorstand zu überlassen. Ein Antrag des Bezirks Zeitz, der die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums durch den Gau fordert, wurde gegenwärtig für den Gau als undurchführbar bezeichnet und dafür ein Antrag Kunzemann (Magdeburg) angenommen: „Der Gautag empfiehlt den Ortsvereinen die Einführung des „Korr.“-Obligatoriums.“

Zum Unterstützungsreglement beantragte der Gauvorstand, daß die Bestimmungen des alten Statuts hinsichtlich der Zuschüsse aus der Kasse zur Gemahregelten- und Krankenunterstützung und zum Sterbegeld wieder in Kraft treten, mit der Einschränkung, daß bei der Gemahregelten- und Krankenunterstützung die Hälfte der im Statut vorgesehenen Sätze und als Sterbegeld (für Mitglieder und deren Ehefrauen) der niedrigste Satz des Sterbegeldes aus der Verbandskasse als Zuschuß seitens der Kasse gezahlt werden. Es entspann sich eine äußerst lebhaft ausgeführte, da ein Antrag des Ortsvereins Magdeburg bei der Gemahregeltenunterstützung eine Erweiterung erstrebte. Schließlich wurde der Antrag des Gauvorstandes angenommen. Als Einführungstermin der beschlossenen Zuschüsse wurde der 28. September 1924 (Beginn des 4. Quartals) bestimmt.

Zum Angestelltevertrag beantragte der Ortsverein Magdeburg, der letzte Satz des § 1 solle lauten: „Die Wahl neuer Beamten bzw. Angestellten des Gauces erfolgt durch Urabstimmung der Gaumitglieder.“ Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Gaubeitrag wurde in der bisherigen Höhe von 20 Pf. pro Woche belassen.

Wahl des Vorortes und des Gauchriftführers: Als Gauvorort wurde einstimmig Halle beschlossen. Als Gauchriftführer wurde der Angestellte im Gauverkau, Kollege Edmund Eichler, der dieses Amt schon vertretungsweise vertrat, einstimmig bestätigt.

Mit der Zustimmung der Friedenssäße als Entschädigung für die Gauheißer und die Bezirksleiter ab 1. Januar d. J. erklärte sich der Gautag einstimmig einverstanden.

Die Summe, die dem Gauvorstand zum Zwecke außerordentlicher Unterstützungen zur Verfügung steht, wurde auf 1000 M. belassen.

Die Wahl des Ortes für die Abhaltung des nächsten Gautages fiel mit großer Mehrheit auf Wernigerode.

Auf Anfrage berichtete Kollege Krawitz (Berlin) noch über die geplante Errichtung eines Verbandshauses, was einen neuen Marktstein in der Geschichte des Verbandes bedeutet.

Nunmehr stand der zurückgestellte Punkt „Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes“ zur Debatte. Kollege Waaner (Quedlinburg) sprach über einige Anträge, so auch über die Meisterfrage, deren endliche Regelung er vom Verbandstage wünschte. Kollege Krawitz machte hierzu längere interessante Ausführungen, aus denen hervorging, daß die gewünschte einheitliche Regelung nicht so einfach herbeizuführen ist.

Kollege Jugeit (Stendal) gab dem Kollegen Kraus betreffs der Erhöhung der staatlichen Invalidenunterstützung noch einige Anregungen zur Berwertung beim ADGB, mit auf den Weg.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Gauvorsteher verzichtete angesichts der vorgerückten Stunde und der tropischen Hitze auf ein längeres Schlusswort. Nach einem kurzen Rückblick auf die geleistete Arbeit, die als ein Stück Wiederaufbauarbeit anzusprechen sei, schloß er den Gautag in der Hoffnung, daß alle Teilnehmer die besten Eindrücke mit nach Hause nehmen möchten.

Aus dem Genossenschaftsleben

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hielt vom 23. bis 25. Juni seinen Genossenschaftstag in Ulm a. d. D. ab. Die Präsenz von 791 stimmberechtigten Delegierten, wozu noch 256 nicht-stimmberechtigte kamen und eine große Anzahl von Gästen, war eine der Stärken, die der Zentralverband je feststellen konnte. In diesem starken Besuch drückte sich vor allem die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung aus, begründet in den schweren Existenzsorgen der Konsumvereine. Die Inflationsperioden des Jahres 1923 haben auch ihnen in schwerster Weise mitspielt, und die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise tat ein übriges, um die Vertreter der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen in so großer Zahl zusammenzubringen. Auch ihnen „brennt das Feuer auf den Nägeln“, und wer etwa glauben wollte, daß es sich bei den Tagungen der Konsumvereine um „Beratungsstunden“ handelt, wie von prinzipiell schäfflicher Seite neschleimt und von manchem Dummen auch geglaubt wird, der konnte sich in Ulm überzeugen, daß hier aufopfernde Kongreßarbeit geleistet wurde. Denn außer den offiziellen Tagungen gab es jeden Tag ein oder zwei Zwischenkonferenzen, die sich um die konkreten Maßnahmen drehten, mit denen die tödlich bedrohlicher werdende Gefahr der Finanzkrise vor allem bekämpft werden sollte.

Die Referate von Heinrich Kaufmann und Hugo Böttlein (Hamburg) gewährten einen deutlichen Einblick nicht nur in das, was in der bis jetzt schwierigsten Wirtschaftsperiode der Konsumvereine hinter ihren Hint, sondern auch in die vor ihnen liegenden riesenhaften Schwierigkeiten und Aufgaben. Die Kernfrage davon bilden Kapitalmangel und Umsatzzückgang. Die organisatorischen Fundamente der Konsumvereine sind nicht nur festzubrechen, sondern wieder aufzubauen; das heißt die Mitgliederzahl von rund 2 Millionen auf nahezu 3 Millionen Konsumgenossen zu erhöhen. Aber das Betriebskapital

der Mitglieder, die Geschäftsanteile, bilden den wunden Punkt in der Krisenerscheinungen. Entfällt doch der Kauf des Mitgliedes nur ein Beitrag von rund 50 Pf. (11), während er satzungsgemäß vor dem Satze 30 Goldmark betrug, von denen etwa die Hälfte eingezahlt war. Beim gleichen Stand der Dinge müßte das Betriebskapital der Konsumvereine des Zentralverbandes heute rund 50 Millionen Goldmark betragen, satzungsmäßig 100 Millionen; in Wirklichkeit aber besitzen sie nur etwa 1 1/2 bis 2 Millionen Goldmark! Das übrige Betriebskapital wird zu hohen und höchsten Bankzinsen befristet und die Folge ist in den Warenpreisen veranschaulicht, die fast auf gleicher Höhe wie im privaten Warenhandel sich halten, statt preisregulierend nach unten zu wirken. Wenn auch nur die in Arbeit und im Beruf stehenden Mitglieder der Konsumvereine seit Januar d. J. bis zum letzten des Juni, also im Zeitraum des letzten halben Jahres, zehn Goldmark in Wochenraten einzahlt haben würden, so gäbe es keine Kapitalmangelfrage für die Konsumvereine, sie könnten im Gegenteil die gegenwärtige Passivkonjunktur auf dem Warenmarkt für ihre Mitglieder in stärkster Weise ausnützen. Das Betriebskapital von 30 Millionen Mark würde sich im Warenumschlag glatt mit 100 Proz. verzinsen und die Konsumvereine könnten außerdem mit dem Preisabbau vorbildlich voranziehen. Der ganzen Bevölkerung nützend und sich selber wieder aus dem Wirtschaftlichen eine ideale Anziehungskraft schaffend, die einem Verbehalten gleich wirken müßte. Aber — der „Unverstand der Massen“ — — —

Und noch ein „wunder Punkt“: Die Warenumsätze der Mitglieder sind von einem Durchschnittsumsatz mit 280 Goldmark im Jahr auf die Hälfte zurückgegangen, d. h. der Umsatz beträgt pro Kauf des Mitgliedes (Familie!) in einer Woche — drei Goldmark! Man kann wohl die Behauptung wagen, daß er um das Dreifache höher sein könnte. Die Wirkung dieses Umsatzrückganges ist in den progressiv wachsenden Unkosten zu erblicken.

Es ist in der Tat so: Die Selbsthilfe der Bevölkerung, vor allem der großen Arbeitermassen als Verbraucher, könnte mit spielender Leichtigkeit eines der wichtigsten Wirtschaftsprobleme der Zeitgeist überhaupt lösen. Wenn aus den Millionen von kleinen Kanälen das notwendige Wirtschaftskapital den Konsumgenossenschaftlichen Organisationen — in Raten von 20 bis 50 Pf. pro Woche, auch nur ein halbes oder gar ein ganzes Jahr — zuströme, der Kapitalmangel wäre vollständig behoben, die Konjunktur könnte für eben diese Sparte selbst in großzügigster Weise ausgenützt werden; wenn jede Konsumvereinsfamilie einen Wochenumsatz von durchschnittlich zehn Goldmark — durchaus erreichbar! — aufweisen würde, so säntene die Unkosten rapid und der wirtschaftliche Nubeffekt wäre ein gewaltiger. Wenn, ja wenn! — — — Den Ursachen dieser Misere hier nachzuspüren, würde zu weit führen. Aber das eine soll gesagt sein: Mit dem allgemeinen Mißtrauen der Bevölkerung gegen alle Sparmethoden, hervorgegangen aus der grauämigen Inflationsperiode, die mit dem Geldwert auch das Vertrauen vernichtet hat, paart sich seit ein paar Jahren ein durch die sogenannte kommunistische Opposition gegen die Genossenschaftsführer und damit gegen die Genossenschaften selbst künstlich gezüchtetes Mißtrauen, das nun seine Früchte trägt. Man lobt nicht umsonst jahrelang gegen die „Genossenschaftsbonnen“, „Sozialverräter“, „Subasse“ usw. — ganz wie in den Gewerkschaften! —, ohne daß solcher herostratischer Wahnwitz keine Folgen zeitigte. Auch wenn das Ziel der genossenschaftlichen Neuerer, die Konsumvereine auf den verderblichen parteipolitischen Weg abzudrängen, nicht erreicht wird, der Schaden ist auf alle Fälle da.

Der Ulmer Genossenschaftstag hat deshalb auch zu der Frage Stellung nehmen müssen, was künftighin gegen die Methoden und Ziele der kommunistischen Opposition zu tun sei, um sowohl die Existenz der Genossenschaft wie ihrer Landes- und Zentralorganisations zu sichern. Denn abgesehen von der inneren Unmöglichkeit einer parteimächtigen Einstellung der Konsumvereine als rein wirtschaftlicher Organisations, unterliegen dieselben dieselben gesetzlichen Bestimmungen, die bei gleichem Verhalten im Sinne der kommunistischen Opposition — Steuertrieb, aktive und passive Mitwirkung als „revolutionäre Klassenkampforganisationen“ des Proletariats! — zu ihrer sofortigen Auflösung durch die zuständigen Amtsgeschäfte führen würde.

Dies hielt indes die „Führer“ der Opposition auf dem Ulmer Genossenschaftstage nicht ab, ihre Methode und Ziele als „alleinige Rettung“ der Konsumvereine aus Kapitalmangel und Umsatzzückgang anzupreisen, während andererseits der Genossenschaftstag ohne besondere Entscheidung mit dem einfachen Hinweis auf Statut und Gesetz klar und eindeutig seinen Willen zum Ausdruck brachte, mit dem Sarkofag, der die Konsumvereine schon allzulange schädigt, Schluss zu machen. Und wenn die Vereine sich nicht selbst zu helfen vermögen, so werden die Revissionsverbände und der Zentralverband die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Bewegung ihrer rein wirtschaftlichen Aufgabe zu erhalten. Die Warnung war sehr deutlich; den etwa 40 kommunistischen Vertreterstimmen stand 2/3 Gros von etwa 750 gegenüber. Und das ist auf so. Für beide Teile.

Zu ähnlichen bildete die Frage des Nachhaberverbots, das die großen Konsumvereinsbäckereien schwer schädigt, auch einen wichtigen Gegenstand der Tagung. Ist es durchaus verständlich, wenn die Bäckerarbeiter gegen die Wiederkehr der Körper, Geist und nervenverrückenden Zwangsarbeit in den Kleinbäckereien mit aller Energie ankämpfen, so muß doch von andern Gesellschaften aus die Frage betrachtet werden, wenn es sich darum handelt, daß in Konsumgenossenschaftlichen Großbäckereien nur periodisch eine Sojtarbeit auf die

Artikel mehr angestrichen werden dürfen. Die Postverwaltung läßt sich dabei von dem Gedanken leiten, daß durch sinngemäße Anstreichungen in Zeitungen Mitteilungen an den Adressaten gelangen können!!! In der Zeitungsverwaltung sieht jedoch die Sache so aus: Der Einsender einer Zeitung als Drucksache will die Redaktion eines andern Blattes durch Anstrich eines Artikels oder einer Stelle darauf aufmerksam machen, daß hierzu etwas geschrieben werden könnte. Einsendung ohne Anstrich würde an den Redakteur den Anspruch stellen, die betreffende Zeitung von vorn bis hinten durchzusehen, um herauszubekommen, was etwa gemeint sei. Also Zeitraub in schlimmster Form. Die weisfremde neue Anordnung der Post kann unmöglich bestehen bleiben.

Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen.
 In einem im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 12 veröffentlichten Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Schlichter nahm dieser Stellung zur Frage der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen. Der Zweck des Rundschreibens läuft darauf hinaus, die Verbindlichkeitsklärung gegenüber dem bisherigen Umfang stark einzuschränken und den mittels staatlichen Zwanges durch die Verbindlichkeit erzielten Frieden zur „seltenen Ausnahme“ zu machen. Der Minister erinnert dabei an frühere Darlegungen zur gleichen Sache, wonach es „grundsätzlich Sache der Beteiligten ist, die Arbeitsbedingungen selbständig unter eigener Verantwortung zu regeln“. Nur wo trotz der Vermittlung der selbst geschaffenen oder vom Staat zur Verfügung gestellten Schlichtungseinrichtungen keine Verständigung erfolgt und „das Auseinanderprallen der Gegensätze Gefahren für die Allgemeinheit heraufbeschwört“, habe der Staat Recht und Pflicht, „diese Gefahren durch zwangsweisen Eingriff in die Selbstbestimmung der am Streit Beteiligten abzuwenden.“ Die Verbindlichkeitsklärung soll in erster Linie der Abwendung drohender wirtschaftlicher und sozialpolitischer Schäden von der Allgemeinheit dienen. Es sollen also „zwingende wirtschaftliche und soziale Gründe“ dafür sprechen, die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung (zwangsweise durch Verbindlichkeit) durchzuführen. In seinem Rundschreiben weist der Reichsarbeitsminister darauf hin, daß es beinahe zur Regel geworden sei, die Verbindlichkeit zu beantragen, falls eine Partei einen Schiedsspruch ablehnt. Die Einrichtung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen lasse aber nur dann den gewünschten Erfolg erwarten, wenn der staatliche Zwang eine seltene Ausnahme bilde. Die Schlichter werden daher ersucht, mit größerer Genauigkeit als bisher zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Verbindlichkeitsklärung vorliegen. Die Grundsätze dürften nicht immer „durch ein zu starkes Nachgeben gegenüber dem Drängen der Parteien im einzelnen Streitfall erschüttert werden“. Auch soll die Übernahme des Schlichtungsverfahrens durch die Schlichter tatsächlich beschränkt werden auf Fälle, die für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind, während für den Regelfall die Schlichtungsausschüsse die berufenen Schlichtungsbehörden sind. Infolge dieses Rundschreibens wird die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen künftig eine sehr starke Einschränkung erfahren, da im Reichsarbeitsministerium die Absicht besteht, die Zwangsbefriedigung durch Verbindlichkeitsklärung auf die Fälle zu beschränken, wo sie im öffentlichen Interesse notwendig ist. Mehr als bisher werden sonach die betreffenden Unterländer die Verantwortung für den endlichen Ausgang eines Lohnstreites oder dergleichen selbst tragen müssen. Das entspricht auch der vom Bundesauschuss des ADGB. vertretenen Auffassung. Der wirklich freie Kollektivvertrag wird künftig stärker betont werden müssen, um dadurch den vielfach hintangehaltenen Ausbau des tarifvertraglichen Schlichtungswesens zu beschleunigen.

Ein Unternehmerurteil über den Achtstundentag. Günstige Urteile über den Achtstundentag sind keine Seltenheiten. Verschiedentlich hatten wir schon Gelegenheit, solche zu veröffentlichen. Heute macht abermals ein Zeugnis für den Achtstundentag aus Fabrikantentreisen die Runde durch die arbeiterfreundliche Presse. Der „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen“ in Essen schreibt in einem Aufsatz, der sich mit der Lage der Solinger Industrie beschäftigt: „Die Aussichten für die kommenden Monate werden von den Solinger Fabrikanten als wenig erfreulich bezeichnet, zumal die Sommermonate stets ziemlich geschäftstill sind. In Anerkennung dieser Sachlage haben die Arbeiter und Angestellten, trotzdem sie seit längerer Zeit Lohn- und Gehaltswünsche haben, diese zurückgestellt, um bessere Zeiten abzuwarten. Die Arbeiter wollen allerdings eine Verkürzung der Höchstarbeitszeit, die nach dem letzten Schiedsspruch 50 Stunden in der Woche beträgt, weil diese Zeit doch in absehbarer Zeit noch nicht ausgenutzt werden dürfte, jedenfalls bis heute noch von keinem einzigen Betrieb ausgenutzt worden ist. Die normale Arbeitszeit beträgt in Solingen nach wie vor 48 Stunden, und viele Fabrikanten haben erklärt, daß sie auch in Zukunft davon nicht abgehen würden, weil sich der Achtstundentag als am rationellsten erwiesen.“ Darin liegt ein neuer Beweis dafür, daß in Unternehmerkreisen die Erkenntnis wächst, daß eine mechanische Verlängerung der Arbeitszeit nicht gleichbedeutend ist mit einer Verbesserung und Steigerung der Produktion. Eine solche ist vielmehr auch auf andern Wege denkbar, nämlich durch Einführung neuer Arbeitsmethoden und rationaler Maschinenanwendung.

28. Deutscher Krankentag. Die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, e. V. in Dresden, tagt am 27. und 28. Juli in Hamburg. Für die Sozialversicherung und besonders für die Krankentassen wird diese Tagung überragende Bedeutung haben, da der Hauptverband deutscher Krankenkassen mit rund 1600 Kassen und fast 12 Millionen Versicherten die größte Organisation der deutschen Krankenversicherung überhaupt darstellt und wohl eine der größten Organisationen der Welt ist. Die Tagesordnung sieht u. a. vor Vorträge über den Umbau der Sozialversicherung, die Wiederaufnahme der sozialhygienischen Arbeiten und die Artfrage.

Vermehrte Ausprägung von Barigeld. Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf des Münzgesetzes, der die Prägung von Goldmünzen zu 10 und 20 Reichsmark, von Silbermünzen zu 1 bis 5 Reichsmark und von Stücken über 2, 5, 10 und 50 Pf. vorsieht. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird später von der Reichsregierung bestimmt.

Ein Zeichen der Zeit. Nach Feststellungen des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels ist die Zahl der unter Geschäftsaufsicht stehenden deutschen Firmen auf weit mehr als 2000 angewachsen. Die tägliche Zunahme betrug in den letzten Tagen durchschnittlich 20 Firmen. Unfreiwilligerweise macht sich die Wirkung der Novelle zur Geschäftsaufsichtsverordnung dadurch bemerkbar, daß jetzt täglich durchschnittlich 21 Geschäftsaufsichten aufgehoben werden, so daß zu hoffen ist, daß in Kürze alle unlauteren und konkursreifen Elemente aus der Geschäftsaufsicht ausgeschlossen sein werden.

Briefkasten

B. W. in E.: Müssen erklären, dazu nicht in der Lage zu sein. Es ist von uns neben dem sehr großen Maß produktiver auch noch ein umfangreiches unproduktiver Leistung zu leisten. Das heißt, wir müssen viel geistig verbauen, bei dem sich erst im Laufe herausstellt, daß es sich nicht verwerten läßt, aber es läßt sich auch für später nicht ermöglichen, den Raum für eine entsprechende Ausarbeitung zu gewinnen. Es ist überhaupt kaum zu sagen, welcher enorme Zeitaufwand für das Lesen von Tages-, Schrift- und Buchliteratur bei uns draufgeht. Als Buchdrucker muß sowieso alles genauer genommen werden von uns. Den uns zugedachten Wägen können wir daher schon von vornherein nicht annehmen. Die paar Wägen vor dem Hamburger Verbandstag sind ohnehin mit Arbeit überladen. Es macht nämlich keineswegs das, was man im „Korr.“ Schwarz auf weiß vor sich hat, die Arbeit der Redaktion aus. — **E. J. in R.:** Für die Verhandlungsausschüsse ist nach wie vor freie Gewähl. Nur bitten wir um mögliche Kurzfassung der Artikel, damit Raum für alle ist. — **M. S. in B.:** Artikel solcher Art sind immer nützlich im „Korr.“ Aufnahme also angefragt. — **M. S. in F.:** Dazu wird wohl erst nach dem Verbandstag die Zeit kommen. — **Fr. Ehr. in B.:** Aufnahme wird jedenfalls erfolgen, erhöht aber prägnanter überführt. — **M. S. in S.:** Ergänzungsartikel ist auch willkommen. — **Fr. Sp. in Breslau und Gen.:** Grüße werden bestens erwidert. — **Chr. Sch. in St.:** Den Hinweis des Blattes auf unsern vorläufig mildernden Verband können wir trotz der Nebenabsicht akzeptieren. — **M. B. in Kiel:** Wunsch wird zu erfüllen versucht. — **Fr. S. in Berlin:** Bereits veranlaßt. — **H. B. in Hm. B.:** Brief hier nicht eingegangen. — **D. B. in B.:** Jnl. 184: 7,40 Rk. — **E. B. in Hm.:** 2,40 Rk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Kopfdruckort: Berlin K. 102357 (H. Schwelink)

Graue Statistikarten einsenden!

Spätester Einsendungsstermin für Juli: 7. August. **Stichtag für die Zahlung der Abbeitlosen:** 26. Juli. Auf richtige Frankierung der Statistikarten ist zu achten!

Gau An der Saale. Das Verbandsbuch des Sekers Karl Meißner (Hauptbuchnummer 51 811) ist auf der Post verloren gegangen. Er ersieht ein neues Buch (Gau An der Saale 6678) ausgeleitet. Das erste Buch (2013 An der Saale) wird für ungültig erklärt.

Gau Schleien. Der Gau tag findet am 4. und 5. Oktober in Areslau im „Gewerkschaftshaus“ statt. Anträge sind bis spätestens den 23. August dem Gauvorsitz einzureichen. Die Wahl der Delegierten findet vom 10. bis 13. September statt. Für die Anzahl der Delegierten eines Bezirkes ist der Mittelwert vom 28. Juni 1924 maßgebend. Der Gauvorsitz.

Stargard i. Pom. Da das Buch des Kollegen Johannes Rühl (Hauptbuchnummer 68 728) nicht auffindbar, wird hierdurch um Zusendung desselben an Paul Rühl i. Stargard i. Pom., Genietort 4, gebeten.

Verbandstags-Delegiertenwahl

Gau Berlin. Abgegeben 8704 gültige Stimmen; davon ungültig 1439, gültig 7265; absolute Mehrheit 3673. Es erhielten Stimmen: Rudolf Albrecht 6070, Erich Barisch 6773, Robert Braun 6120, Max Babel 6309, Max Ehling 3240, Albert Franke 6333, Walter Geil 6146, Adolf Gröning 6889, Adolf Guth 6679, Ludwig Keller 6682, Wilhelm Klein 6645, Georg Kurz 6100, Emil Meber 6695, Richard Neß 4385, Johannes Müller 3329, Paul Wuppel 6212, Karl Wuppel 6390, Friedrich Döberitz 6332, Arthur Wehob 3167, Adolf Pfeiffer 6011, Felix Wollmann 6004, Georg Büsch 6393, Hermann Raab 3049, Adolf Leber 6156, Rudolf Ehnert 2937, Hermann Schöffler 3350, Paul Schönefelder 2852, Alfred Schulte 1845, Walter Schulze 2862, Georg Edmund 3093, Albert Sander 6000, Karl Störmer 4890, Albert Stübinger 107, Felix Tietz 4847, Richard Wunderlich 4715, Alfred Janda 6065. Die Geperreten sind gewählt. Kollege Lenz gilt als Ersahmann.

Ergelinge-Kogland. Abgegeben 1509 gültige Stimmen; absolute Mehrheit 754 Stimmen. Es erhielten Dertel (Chemnitz) 1099, Dähne (Chemnitz) 1027, Kräfte (Zwickau) 1164, Wangelin (Chemnitz) 668, Kober (Zwickau) 632, Korzen (Chemnitz) 414, Engelmann (Zwickau) 179, Kreher (Zwickau) 349. Gewählt sind Dertel, Dähne, Kreher; Ersatzwahl zwischen Wangelin und Kober.

Gau Hannover-Mittelelbe. Abgegeben 1812 Stimmzettel, ungültig 50, gültig 1762; absolute Mehrheit 882. Es erhielten Stimmen: Rühl 1579, Reindorf 1184, Marlene 1429, Thorman 1309, Meißner 1168, Thobauer 107, Rege 1031, Wolfger 1023, Eickeln 673, Zimmermann 115. Die ersten fünf Kollegen sind gewählt, die nächsten zwei sind Ersatzleute.

Gau Hannover. Abgegeben Stimmzettel 2527, davon ungültig 77; absolute Mehrheit 1254. Es haben Stimmen erhalten: G. S. in A. (Hannover) 2149, H. R. in A. (Hildesheim) 2040, H. R. in E. (Braunschweig) 1929, H. S. in A. (Lüneburg) 1889, H. S. in A. (Hannover) 1848, H. R. in A. (Göttingen) 1699, D. Hahn (Hannover) 1427, H. H. (Hildesheim) 1258, H. H. (Wolfenbüttel) 634. Die gesperrt Gebuchten sind gewählt. Als Stellvertreter gelten die Kollegen Hahn und H. H.

Gau Pommern. Eingegangen 4093 Stimmzettel, davon ungültig 207, weil 1009; absolute Mehrheit 1547 Stimmen. Es erhielten Stimmen: Otto Kaufeld 2398, Arthur Dieck 2214, Walter Ehnert 1633, Arthur Franke 2174, Richard G. in A. 2110, Leopold Geil 1634, Karl H. 2399, Walter Hofmann 1229, Edwin Jahn 2391, Kurt Kaufsch 1079, Paul Köster 1889, Paul Kramer 1292, Paul Kramer 1978, Walter Kurth 1161, Flo H. 1677, Wilhelm Müller 1424, Karl Müller 4237, Karl Schmidt 1477, Max Stürz 2235, Emil Thomas 1822, Arthur Wollmann 1551. Die gesperrt Gebuchten sind Delegierte.

Gau Mecklenburg-Lübeck. Eingegangen 630 Stimmzettel, weil 4; absolute Mehrheit 315. Es erhielten Stimmen die Kollegen: D. in A. (Schwerin) 665, D. Burmeister (Lübeck) 443, G. Steinberg (Rostock) 195, H. H. (Schwerin) 43. Gewählt ist Kollege Dähne (Schwerin), Ersahmann ist Kollege Burmeister (Lübeck).

Adressenveränderungen

Selbsterg. (Wschl.) Vorsitzender: Adolf Rausch, Schindlerstraße 50.

Arbeitslosenunterstützung

Kauptversammlung, Freitag den 1. August 1924. Auf der Stelle 115 Mitglieder. Ortsunterstützung 1231 Mitglieder. Die Unterstützungsotage waren gezahlt:

Table with 4 columns: Beschäftigungsart, in der Reiseunterstützung (Mitgl., Tage), in der Ortsunterstützung (Mitgl., Tage), and Unterstützungsotage insgesamt. Rows include Lehrer, Maschinenfeger, etc.

Im Unterstützungsbezuge verblieben am 31. Mai 1924: 793 Mitglieder. Unterstützungsotage im Mai 1924: 133,324. Zahler weniger Unterstützungsotage im Mai 1924: 108,618.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingebungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):

Im Gau Hamburg-Mitte die Seker 1. Walter Kober, geb. in Dreßau 1863, ausget. in Ost a. Jahr 1922; 2. Carl Müller, geb. in Tein 1862, ausget. in Niederwalde 1920; 3. Alfred Richter, geb. in Hamburg 1878, ausget. in Bremerhagen 1901; 4. Karl Kuth, geb. in Hamburg 1881, ausget. in Schiffler 1921; 5. Walter Kewer, geb. in Hamburg 1891, ausget. daf. 1920. — Hr. Bannher in Hamburg, Fieberbühnenhof 57.

Versammlungskalender

Berlin. (Vereinigung der russischen Seker.) Die angelegte Monatsversammlung vom 27. Juli fällt, wie alljährlich, aus. Kolberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 10. August, vormittags 8 Uhr, in Schloßpark, Restaurant „Kaiserhof“. Krimmlitz. Versammlung Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, in der „Waldsee“.

Anzeigen

Ingenieurgebühr: In geschlossener Zeile 20 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen; an 1/2 Anzeigen 60 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Annahmestaff: Montag und Donnerstag früh zur jeweilig nächsterfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einzählung auf Postfach (Keipzig Nr. 613 28).

75 Jahre Buchdruckerverein in Lübeck. Zur Teilnahme an den folgenden Veranstaltungen aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des Ortsvereins Lübeck (B. d. B. V.) laden wir die Kollegen der näheren und weiteren Umgebung herzlich ein.

Tüchtiger Linotypsetzer erste Kraft, 27 Jahre alt, ledig, neun Jahre Praxis, mit allen Systemen vertraut, wünscht sich in gutbezahlte Dauersstellung nach Schlessen oder Sachsen zu verandern.

Tüchtiger Monotypsetzer (Modell C und D) für wissenschaftliche Arbeiten sucht die Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Monotypsetzer flotter, korrekter Arbeiter, guter Maschinenkennner, für Dauersstellung bei liberalerlicher Bezahlung nach Mannheit sofort gesucht.

Tüchtiger Illustrations- und Altdenzdrucker welcher im Autotypdruck vorzügliches leistet, in gutbezahlte und angenehme Stellung gesucht.

Junger Altdenzsetzer versteht als erster Seker in kleiner Druckerel beschäftigt, sucht ähnliche Stellung.

Linotypsetzer mehrjährige Praxis, guter Maschinenkennner und -pfleger, flotter Seker, der Änderungen selbst leisten, erfahren mit der Elektro-, Radikator und Normierung ist, bewandert in allen vorerwähnten Sparten (auch fremdsprachlich).

Anzeigenaufsteuere und Mitarbeiter an alt. Orten gesucht. Helmut Verlag, Hamburg, Wolmannstr. 33.

Linotypsetzer flotter Arbeiter guter Maschinenkennner, in angenehme Dauersstellung gesucht.

Tüchtiger Typographsetzer für V- und Maschinen in Dauersstellung auf sofort gesucht.

Junger Schweizerdegen tüchtig in Satz und Druck (eventuell für einwand. zur Anstellung im Rotations), sofort gesucht.

Tüchtiger Linotypsetzer in Dauersstellung auf sofort oder später gesucht.

Maschinenmeister 20 Jahre alt, firm im Abgeben, Werke und Platten druck. Mit Klein- & Ungerschem Anlageapparat und Stereotypelöffeln vertraut, sucht Stellung.

Tücht. Buchbinder 36 Jahre alt, welcher selbstständig arbeiten kann und seit acht Jahren die Buchbindereiabteilung einer Kuchendruckerei geleitet hat, sucht anderweitig möglichst leitende Stellung.

Kein Risiko! Versuch lohnt! Bei Misserfolg, Ware zurück. Preiswerte Zigaretten. Kein Abreise! Brau, Zigaretten m. Zandblatt, gr. Fassons zur Hälfte des Ladenpre. (100 Zich. u. u. 10 Mr.) vom Hersteller an Kollegen gegen Nachnahme abzugeben.

Achtung! Achtung! Decodier-Buchdrucker-Gesangverein. Wegen Militärkonzerts im Vergessl. findet der Wandersabend am 29. Juli, 7 1/2 Uhr in „Onkel Toms Hütte“.

Ahlen und Pinzetten. Zurichtemeister, Ehren-, alle Werkzeuge für Seker u. Drucker liefert K. Siegl, München 9, Kolonnenbühlstraße 1.

Ernst Röber. Im 62. Lebensjahre. Er war seit 1911 Mitglied des Vereins und hat an den Versammlungen unserer Sparte stets regen Anteil genommen.

Unser Ortsverein hat durch den Tod wieder unsern alten Mitglieder einen schmerzlichen Verlust erlitten.

Paul Freymuth im 62. Lebensjahre. Am 19. Juli wurde Wilh. Kaufmann der in diesem Jahre 50 Jahre dem Verband angehörte, aus unserer Mitte gerufen.

In beiden Kollegen beklagen wir den Verlust überlegener Verbandsmitglieder, die auch in bedrängten Zeiten treu zur Organisation standen.

Karl Vorst an der Schwindsucht. Ein ehrendes Andenken werden wir Ihnen allezeit bewahren.

Nach kurzem Krankheitslager verstarb am 15. Juli unser lieber Kollege, der Seker Albert Wendel im Alter von 74 Jahren.

Diplome zu Vereinsfestlich. Büsten + Monumente. Zeilenauftragwalzen (für mehrfarbige Abzüge).

Verlag: Friedrichs-Verlag des Verbands der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin. (Geschäftsstelle und Eingangsannahme: Leipzig, Schloßpark 7, Telefon 1003.) Verantwortlich: Ernst Röber, Leipzig, Schloßpark 7. Druck: Verlag Hermanns, G. m. b. H., Gröden 10. Druckereibesitzer: G. m. b. H., Gröden 10.